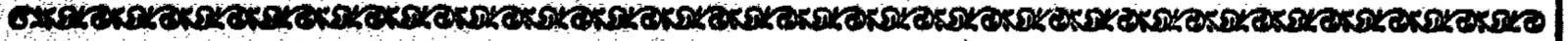




Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 39

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis M. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr. 8,244.

Hamburg, den 29. September 1917

Anzeigen kosten die Hauptspalte 10
Pfeilerzeile oder deren Raum 50 Pfg. (Der
Betrag ist stets vorher einzufenden).
Verbandsanzeigen kosten 25 Pfg. die Zeile.

31. Jahrg.

Sitzung des Verbandsbeirats.

Nach zehn Monaten weiterer Kriegszeit trat unser Verbandsbeirat am 17. und 18. September dieses Jahres im Gewerkschaftshaus zu Hamburg zum fünften Male während dieses alle Kultur und sozialen Errungenschaften schwer gefährdenden Völkerringens zusammen, um die Berichterstattung des Vorstandes über seine Tätigkeit seit der letzten Tagung im November 1916 entgegenzunehmen, und um zu beraten, wie auch fernerhin unsere Organisation unter dem Zwange der jetzigen außerordentlichen Verhältnisse ihre Aufgaben lösen kann.

Die Tagesordnung lautete: 1. Die allgemeine Tätigkeit des Verbandsvorstandes. 2. Die diesjährige Bewegung für eine Teuerungszulage und Stellungnahme zum Ablauf des Reichstarifvertrages und der Vereinbarung vom 25. Januar 1916. 3. Der Stand unserer Organisation. 4. Verschiedenes.

Der Vorsitzende, Kollege **Streine**, begrüßte zunächst die erschienenen Mitglieder, er gedachte sodann der im Felde stehenden Kollegen und der zahlreich gefallenen Opfer dieses Krieges. Die Anwesenden erhoben sich zu deren Ehren von ihren Plätzen. Zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehend, führte Kollege **Streine** aus, daß die allgemeine Tätigkeit des Vorstandes erklärlicherweise von den Kriegswirkungen beeinflusst war. Ein fortwährender Umwandlungsprozeß habe seit Kriegsbeginn stattgefunden, so daß eine feste Grundlage, ein streng aufrechtzuerhaltendes Programm nicht durchzuführen möglich war. Immer mußte der Vorstand den sich ändernden Verhältnissen Rechnung tragen. Die wichtigste Aufgabe bestand darin, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen den außerordentlichen Teuerungsverhältnissen anzupassen. Die anhaltende Steigerung der Preise für Nahrungsmittel gab Veranlassung, immer wieder einen Ausgleich zwischen Lohn- und Lebensverhältnissen anzustreben. In lichtvoller Darstellung gab sodann der Redner ein klares Bild von den Bestrebungen unserer Gewerkschaftsverbände durch die Vermittlung der Generalkommission im allgemeinen auf den verschiedensten Gebieten des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Lebens. So waren die Gewerkschaften bestrebt, ihren Einfluß auf die Preisgestaltung und gerechte Verteilung der Nahrungsmittel geltend zu machen und für eine ausreichende Fürsorge der Kriegsbeschädigten einzutreten. Sicherlich entspricht das Erreichte nicht unseren Wünschen, weil leider unser Einfluß bei den vorhandenen starken Gegensätzen nicht groß genug ist, um sich vollständig durchzusetzen. Ebenso bilde die Frauenarbeit, die eine ungeahnte Ausdehnung angenommen hat, ein wichtiges Kapitel, auf das ein wachsameres Auge gerichtet werden müsse. Im Zusammenhang damit stehen die Fragen des Mutter- und Jugendschutzes, des Erziehungs- und Unterrichtswesens, denen von den Gewerkschaftsinstanzen erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werde. Die Frage des Arbeitsnachweises trete zurzeit nicht so sehr in den Vordergrund infolge der großen Nachfrage nach Arbeitskräften; aber sie werde akut nach Beendigung des Krieges; denn die Bestrebungen industrieller Kreise seien darauf gerichtet, die einseitigen Unternehmerarbeitsnachweise aufrechtzuerhalten. Die Beseitigung aller Schranken der Koalitionsfreiheit lasse immer noch auf sich warten. Ferner sei die Wohnungsfrage von immenser Bedeutung. Daß nach dem Kriege ein großer Mangel an Kleinwohnungen vorhanden sein werde, darüber herrsche kein Zweifel. Reich, Bundesstaaten und Gemeinden müssen verpflichtet werden, rechtzeitig eingzugreifen, um die notwendigen Mittel und Materialien bereitzustellen. Auch die Monopolfrage, das Hilfsdienstgesetz und die Frage der Ueberführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft beschäftigten die Gewerkschaften stark. Hieran sei unser Gewerbe in hohem Maße interessiert. Es muß uns vor allem daran liegen, die für das Malergewerbe nötigen Rohstoffe gleich nach Friedensschluß vom Ausland zu erhalten. Eine Aussprache mit dem

Reichskommissar für die Übergangswirtschaft wird dieses Bestreben unterstützen; doch muß noch mehr von den beiderseitigen Organisationen geschehen.

Die Frage der Gemeinschaftsarbeit mit unsern Arbeitgebern habe bereits die letzte Beiratsitzung beschäftigt. Wir haben mit jenen im November vorigen Jahres in einer sehr gut verlaufenen Sitzung Beratungen zum Aufbau unseres Gewerbes gepflogen, über deren Ergebnis und über die Aufstellung gewisser Richtlinien die Kollegen eingehend unterrichtet worden sind. Zur praktischen Durchführung der gestellten Aufgabe sei aber bis jetzt noch wenig oder nichts geschehen. Die Durchführung unserer Bewegung zur Teuerungszulage nahm später alle Kräfte in Anspruch. Es sei zu hoffen, daß nunmehr auch in den größeren Orten die angeregten Fragen in gemeinschaftlichen Verhandlungen besprochen werden. Wir werden es nicht an den erforderlichen Anregungen hierzu und zu praktischer Arbeit bei den maßgebenden Stellen fehlen lassen.

Besondere Aufmerksamkeit widmete der Vorstand den Erfahrmitteln für Terpentinöl usw., die schädliche Wirkung auf die Gesundheit unserer Kollegen hatten. Mit den maßgebenden Behörden wurde deshalb in Verhandlungen eingetreten und auch eine Reihe Verbesserungen erzielt. Notwendig wäre es, wenn der Vorstand mehr und ausreichend mit Material versorgt und von jeder Gesundheitschädigung alsbald unterrichtet würde. Was für die Lieferung von Seife getan werden konnte, war leider nicht von Belang. Auch unser Bestreben zur Beschaffung von besonderen Lebensmitteln für unsere Kollegen als Schwerarbeiter war vielerorts ohne Erfolg. Zur Frage über die Aufhebung respektive Zusammenlegung von Malerbetrieben konnte bisher noch nichts Bestimmtes festgestellt werden.

Gegenüber dem Parteistreit hätte sich der Vorstand möglichst Zurückhaltung aufzuerlegt. Wir ständen auf dem von den maßgebenden Parteinstanzen eingenommenen Standpunkt zum Kriege. Angriffen auf die Gewerkschaftsarbeit und Zersplitterungsbestrebungen wurde im „Verbands-Anzeiger“ entschieden entgegengetreten im Interesse einer erfolgreichen praktischen Arbeit zum Nutzen unserer Berufsgenossen.

In der sich anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß unser Verbandsvorstand sowohl als auch die übrigen Verbände in der jetzigen schweren Zeit alles getan haben, um die Rechte der Arbeiter nach jeder Richtung hin zu wahren und zu fördern. Die vom Referenten hervorgehobenen Fragen zeigten zur Genüge, wie beiderseitig die Aufgaben der Gewerkschaften sich gestaltet haben und welche große Verantwortung sie den einzelnen Verbänden mehr oder minder aufbürden. Die einzelnen Redner beschränkten sich darauf, die für unser Gewerbe in Betracht kommenden Punkte noch weiter zu ergänzen. Wenn auch die Kriegszeit nicht geeignet erscheine, zu allen Fragen der Richtlinien für die geplante Gemeinschaftsarbeit Stellung zu nehmen, so könne immerhin fruchtbringende Vorarbeit geleistet werden. Die brennendste Frage sei die Beurlaubungsfrage, bei der unter anderem hauptsächlich die Länge der Beurlaubung und eine bessere Entschädigung in Betracht komme. Daß unsererseits der Wohnungs- und der Materialfrage die größte Bedeutung beigelegt werden müsse, wurde besonders hervorgehoben. Ebenso wurde scharf betont, daß wir uns jeglicher Sonderorganisation von Kriegsteilnehmern als auch von Kriegsbeschädigten gegenüber ablehnend verhalten sollen. In seinem Schlußwort ging Kollege **Streine** auf verschiedene zum Austrag gekommene Äußerungen ein und stellte fest, wie die veränderten Verhältnisse es erfordern, daß sich unsere Gewerkschaftsleitungen mehr denn sonst mit allgemeinen Fragen wirtschafts- und sozialpolitischer Art beschäftigen müssen, wenn sie sich nicht selbst bei deren Lösung ausschalten wollen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung glaubte Kollege **Streine** sich kurz fassen zu können, nachdem über unsere diesjährige Teuerungszulagenbewegung fortlaufend und

eingehend im „Verbands-Anzeiger“ berichtet worden ist. Er wiederholte in kurzen Umrissen die notwendigen Schritte, die der Vorstand zur Einleitung und Durchführung der Bewegung, die einen andern Charakter als die früheren zentralen Abschließungen aufwies, getan hatte. Er freute sich über die maßgebendsten — auf unsern Standpunkt gestellt, daß das Gewerbe nur durch höhere Löhne auf einen besseren Stand gebracht werden könne. Wenn man in Meisterkreisen der Ansicht war, daß eine Anweisung von oben zur Durchführung der Zulage genügen würde, so hat sich das nicht bestätigt; den örtlichen Verhandlungen mußte später in den einzelnen Gauen zentral nachgeholfen werden. Eine Zusammenstellung des Erreichten ergibt für 1916 im Durchschnitt für jeden der 8678 zugrunde gelegten Gehilfen 5,48 $\frac{1}{2}$ Zulage; 5 $\frac{1}{2}$ in 220 Lohngebieten mit 4448 Beschäftigten, 6 $\frac{1}{2}$ in 86 Lohngebieten mit 4285 Beschäftigten. Für 1917 ergab die Zulage 6 $\frac{1}{2}$ bis 21 $\frac{1}{2}$ pro Stunde; unter 10 $\frac{1}{2}$ in 40 Lohngebieten mit 1405 Beschäftigten, 10 $\frac{1}{2}$ bis einschließlich 15 $\frac{1}{2}$ in 218 Lohngebieten mit 4590 Beschäftigten und über 15 $\frac{1}{2}$ in 18 Lohngebieten mit 2888 Beschäftigten. Im Durchschnitt wurden demnach 18,87 $\frac{1}{2}$ erzielt. 1916 und 1917 zusammengenommen 18,85 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

Nachdem sich der Redner noch über unsere Stellungnahme zu den kommenden zentralen Tarifverhandlungen geäußert hatte, wozu noch nichts Bestimmtes beschlossen werden konnte, ersuchte er die anwesenden Kollegen, sich auszusprechen, ob das Ergebnis der Bewegung den Verhältnissen entspreche; im übrigen aber werde der Vorstand zu gegebener Zeit alle weiteren Schritte zur Vorbereitung und Durchführung der Verhandlungen beim Ablauf des jetzt geltenden Reichstarifvertrages einleiten.

In der darauf folgenden Aussprache wurde der Verlang der diesjährigen Lohnbewegung als befriedigend anerkannt und das Erreichte als ein anerkannter Erfolg unserer Organisation hervorgehoben. Zu bedauern sei nur, daß demgegenüber das Verhalten der Mitglieder vielfach nicht befriedigend. Wohl hätten die Zillabewaltungen ihre Schuldigkeit getan; aber die Gleichgültigkeit eines großen Teiles der noch in der Heimat verbliebenen Kollegen trete deutlich hervor, die das Errungene als etwas Selbstverständliches hinnehmen. Mit Nachdruck wurde von verschiedenen Rednern ausgeführt, daß nicht daran zu denken sei, die Zulagen wieder abzubauen; denn gegenüber andern Berufen im Baugewerbe ständen die Lohnverhältnisse im Malergewerbe immer noch recht ungünstig da. Die Pfennigrechnung müßte als überlebt betrachtet werden im Interesse der Hebung unseres Gewerbes. Zu begrüßen sei es, daß sich nach dieser Richtung hin aus den führenden Kreisen des Arbeitgeberverbandes erfreuliche Anzeichen einer Umkehr bemerkbar gemacht haben; es wäre nur zu wünschen, daß diese allgemein zum Durchbruch kämen und eine bessere Bewertung unserer Arbeitskraft eintrete.

Nach Beendigung der Diskussion konnte der Referent feststellen, daß in der Aussprache sich keine Meinungsverschiedenheiten gezeigt hätten. Wenn durch die Teuerungszulage sich zwischen den Löhnen der einzelnen Orte eine größere Spannung ergebe, so müsse später ein Ausgleich versucht werden. Im Gau Norddeutschland habe man dies bei den letzten Verhandlungen bereits wirksam angestrebt.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung, „Stand der Organisation“, war dem Beirat das Material über die Entwicklung der Mitgliederbewegung und über die Finanzlage seit Beginn des Krieges unterbreitet. Die Ursachen über den Mitgliederrückgang sind, wie hierzu Kollege **Streine** einleitend hervorhob, bekannt; bis zum Ende des ersten Quartals 1917 waren 80,2 pZt. einberufen. Daß es unserer Organisation schwer fällt, unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich vorwärts zu entwickeln, liegt an der Art unseres Berufes, wo Material und Arbeitsgelegenheit fehlen. Die Zahl von Neuaufnahmen dede natürlich

den Abgang der zum Seere einberufenen und in andere Betriebe übergehenden Mitglieder nicht. Nur wenige Orte seien es, die sich gut erhalten haben. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit werde allmonatlich den Kollegen im „Vereins-Anzeiger“ Bericht erstattet, aus den Biffen seien die Verhältnisse des Gewerbes klar ersichtlich. Nach wie vor werde den Kollegen im Felde unser Verbandsorgan zugestellt, um die Verbindung mit ihnen aufrechtzuerhalten. Wo es notwendig war, den Verwaltungsapparat abzubauen, sei dies geschehen.

Kollege W entler gab hierauf auf Grund der Vorträge einen näheren Ueberblick über die gesamte Finanzlage der Filialen und der Hauptkasse. An den heutigen fortlaufenden Ausgaben werde sich nicht mehr viel sparen lassen. Trotz der geringeren Mitgliederzahl seien die Ausgaben für die Unterstüttungen gestiegen, weil jetzt zum größten Teil die älteren Mitglieder vorwiegen. Auch an den Verwaltungskosten könnte allgemein nichts gespart werden; die noch vorhandenen Angestellten müßten erhalten werden, da sie mit Arbeiten sowieso überlastet wären. Auch sei es nicht mehr zu umgehen, den Angestellten unseres Verbandes eine Teuerungszulage zu gewähren; einige Filialen seien schon vor Monaten auf diesem Wege für die Hauptkassierer vorangegangen. Der Vorschlag des Vorstandes gehe dahin, die Zulage auf M 60 pro Monat zu bemessen und sie auf die Hauptkasse zu übernehmen. Zu beachten sei, daß in einer Reihe von Filialen die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr decken; es seien eben überall die notwendigen Leistungen für Kartelle, Sekretariate usw. gestiegen. Ein Ausgleich müsse unbedingt erfolgen; der Vorstand sei sich einig, daß die Filialbeiträge deshalb überall da erhöht werden müssen, wo sie zu niedrig seien. Notwendig sei aber auch, daß alle überflüssigen Gelder in den Filialen regelmäßig an die Hauptkasse abgeführt werden. Es müsse aber auch die Aufrechterhaltung des Bestandes der Hauptkasse durchgesetzt werden, schon in Rücksicht auf die kommende Lage nach dem Kriege, wo sicherlich an die Leistungsfähigkeit der Hauptkasse große Ansprüche gestellt würden. Der Vorstand vertrete den Standpunkt, auch für dieses Jahr zu Weihnachten die Familienunterstützung wieder auszusagen; er schlage deshalb vor, der Beirat möchte beschließen, die Unterstüttung wieder zu zahlen und zum Frühjahr für die Hauptkasse eine Beitragserhöhung vorzunehmen, damit sie alle ihre Verpflichtungen ungeschwächt erfüllen könne. Ein Hinweis schieben bis zur kommenden Generalversammlung gehe unter den vorliegenden Verhältnissen nicht an; deshalb unterbreite der Vorstand schon jetzt seinen Vorschlag, der dann in den Mitgliederkreisen und durch den „Vereins-Anzeiger“ eingehender besprochen werden könnte.

Kollege S treine gab die Erklärung des Vorstandes bekannt, die lautet:

Die infolge des Krieges ausgehenden großen Summen zur Unterstüttung unserer Mitglieder und deren Familien werden nicht nur weiter zu leisten sein, sondern nach der Rückkehr der Kriegsteilnehmer noch ganz erheblich zunehmen. Abgesehen hiervon sind aber auch trotz aller Bemühungen der beiderseitigen Organisationsleitungen, wichtige Berufs- und soziale Fragen durch verständiges Zusammenwirken zu lösen, ernste Differenzen bei der tariflichen Festsetzung der zukünftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht ausgeschlossen, wenn diese mit der maßlos verteuerten Lebenshaltung in Einklang gebracht werden müssen. (Zu dieser Annahme zwingen unter anderem die Haltung eines, wenn vorläufig auch nur kleinen Teiles unserer Arbeitgeber bei der letzten Bewegung um eine Teuerungszulage und zahlreiche Stimmen aus den Kreisen des großindustriellen Unternehmertums.)

Unter Berücksichtigung all dieser Tatsachen betrachtet es der Verbandsbeirat als Pflicht der leitenden Organisationsinstanzen, dafür zu sorgen, daß die Finanzkraft unserer Organisation wie bisher auch während der ferneren Dauer des Kriegszustandes ungeschwächt bleibt. Das kann jedoch mit Sicherheit nur durchgesetzt werden, wenn die schon viermal gewährte Unterstüttung der Familien unserer Kriegsteilnehmer von nun an unterbleibe. Bei der freudigen Zustimmung indes, die diese Unterstüttung bisher bei allen Verbandsmitgliedern fand, soll sie auch zu Weihnachten dieses Jahres wieder ausbezahlt und die hierzu als auch zur Aufrechterhaltung und zur Stärkung des bisherigen Vermögensbestandes des Verbandes während des Krieges erforderlichen Mittel durch eine Erhöhung des Beitrages für die Hauptkasse vom Frühjahr nächsten Jahres ab aufgebracht werden. Darum beauftragt der Beirat den Vorstand, hierüber zu gegebener Zeit endgültig zu beschließen.

Weiter müssen aber auch die Einnahmen der Filialen mit ihren durch den Krieg erhöhten Ausgaben in Einklang gebracht werden. Danach ist es Pflicht der Filialen, eine Erhöhung der ihnen verbleibenden Beiträge vorzunehmen, und zwar besonders dort, wo bisher weniger als 20 beziehungsweise 25 3 entrichtet wurden.

Eine allgemeine und erschöpfende Aussprache schloß sich den Ausführungen des Referenten und der vorliegenden Erklärung an. Einmütig war die Meinung aller Anwesenden, daß der Bestand der Hauptkasse nicht geschwächt werden dürfe und auch die den Filialen verbleibenden Mittel gesichert werden müssen, um ihren erhöhten Lokalausgaben sowohl als auch den Verpflichtungen der Hauptkasse gegenüber nachzukommen. Daß auch die Familienunterstützung

wieder gezahlt werden soll, auch den Angestellten eine Teuerungszulage bewilligt werden müsse, wurde allseitig anerkannt. Ebenso kam zum Ausdruck, daß auch in den Mitgliederkreisen die Notwendigkeit dieser Maßnahmen richtig eingeschätzt würde. Sie alle wüßten, daß unsere Aufgaben nach dem Kriege keine geringen seien, und da leider mit der Weiterführung des Krieges gerechnet werden müsse, würden sie mit den leitenden Instanzen übereinstimmen, daß es für die Zukunft nicht möglich sei, mit unsern bisherigen Mitteln auszukommen, wie es auch bereits bei einer Reihe anderer Verbände in die Erscheinung getreten sei.

Nachdem der Referent noch zu einigen Punkten Aufklärung gegeben hatte, wurde die Erklärung des Vorstandes einstimmig angenommen. Ebenfalls fand der Vorschlag über die Teuerungszulage für die Angestellten keinen Widerspruch.

Ueber die Frage der außer Beruf beschäftigten Kollegen machte darauf Kollege Seitz auf Grund des vorliegenden statistischen Materials noch nähere, erläuternde Ausführungen. Schon vor dem Kriege sei alljährlich im Winter eine große Zahl Berufskollegen außerhalb des Berufs tätig gewesen. Während der letzten drei Jahre aber sei die Abwanderung, hauptsächlich in die Kriegsindustrie, ganz enorm gewesen. 1909 waren 18,1 pZt., 1912 12,5 pZt. der Mitglieder in 220 Nebenberufen tätig; 1917 waren es bereits 28,8 pZt., die Monate und Jahre lang außerhalb unseres Berufs ihr Brot verdienen. Die Ursache hierfür liege bekanntlich in dem Danteliegen unseres Gewerbes. Die Lohnverhältnisse aller außer Beruf Beschäftigten seien aber keineswegs so günstig, wie vielfach angenommen werde, da die Mehrzahl als Hilfsarbeiter in Frage käme. Nur die als qualifizierte Arbeiter, als Radierer usw. Tätigen erzielten angemessene Löhne. Von den in der Kriegsindustrie beschäftigten Radicern würden zum Teil Löhne bis zu M 2 die Stunde erreicht. Von den gesamten Radicerkollegen seien 88 pZt. in der Kriegsindustrie, 13 pZt. in Privatbetrieben tätig. Werde die Hilfsdienstpflicht noch weiter ausgedehnt, so sei mit einem weiteren, ganz wesentlichen Rückgang unserer Berufskollegen zu rechnen. Die etwaige Aufhebung des Beschlusses der Verbandsvorstände vom August 1914, daß während der Kriegszeit keine Uebertritte aus andern Verbänden stattfinden dürfen, könnte demnach für unsern Verband sehr nachteilig werden. Die Hauptsache dürfte sein, die Fühlung mit den abgewanderten Kollegen nicht zu verlieren, damit der Wiederaufbau der Organisation nach Friedensschluß und nicht zu große Schwierigkeiten bereite.

Es erfolgte noch eine kurze Aussprache über einige innere Verbandsangelegenheiten; besonders wurde noch darauf aufmerksam gemacht, daß die zum Hilfsdienst einberufenen Mitglieder ihre Beiträge weiter zu entrichten haben.

Darauf schloß der Vorsitzende die Sitzung mit dem Wunsch, daß die Beratungen und Beschlüsse zum weiteren Gedeihen des Verbandes beitragen werden und die nächstfolgende Sitzung nicht mehr in die Kriegszeit fallen möge.

Uebergangswirtschaft im Baugewerbe.

Vor zwei Aufgaben sieht sich die Uebergangswirtschaft im allgemeinen gestellt: Schaffung von Erwerbsgelegenheit für die mit Friedensschluß freierwerdenden Arbeitskräfte und Deckung des Bedarfs an Gebrauchsgütern, von dem man gleichfalls anzunehmen hat, daß er mit Kriegsende beträchtlich steigen wird. Zwar ist die Frage der Uebergangswirtschaft hiermit noch nicht vollständig erschöpft, wohl aber schließen diese Aufgaben alles ein, was zu allererst zu geschehen hat.

Im Baugewerbe handelt es sich darum, für reichlich 1 1/2 Millionen Arbeiter Erwerb zu schaffen und den mit Kriegsende höchstwahrscheinlich stark steigenden Bedarf an Wohnungen, insbesondere an Kleinwohnungen, zu decken. Zwei Drittel der im Frieden in Deutschland tätigen Bauarbeiter stehen im Felde. Die jetzt im Lande tätigen Bauarbeiter sind fast ausnahmslos an kriegswirtschaftlichen Bauten beschäftigt. Wenn auch wieder die Kriegsteilnehmer noch die berufstätigen Bauarbeiter auf einen Schlag ertwerberfähig auf dem Arbeitsmarkt erscheinen werden, so ändert das doch nichts daran, daß die Arbeitsbeschaffung mit der Gesamtheit der Bauarbeiter rechnen muß. Länger als wenige Monate läßt sich die Entlassung der runden Million Bauarbeiter, die heute unter den Fahnen steht, nicht hinauszögern. Die kriegswirtschaftlichen Bauten aber, die lediglich zur Befriedigung des Kriegsbedarfs errichtet werden, wird man dann nicht noch fertigstellen, sondern sie je nach dem Grade ihrer Vollendung entweder abtragen oder für andere Zwecke einrichten. Die Zwecke, für die man heute baut, fallen allermeist mit Friedensschluß fort; daran läßt sich nichts ändern. Die Aufgabe, für diese Massen Erwerb zu beschaffen, ist also nicht klein. Aber sie ist auch nicht unlösbar. Der Bedarf an neuen Wohnungen ist nach Friedensschluß höchstwahrscheinlich so groß, daß zu seiner Befriedigung alle verfügbaren Hände voll zu tun haben werden.

Hier allerdings beginnen dann die Schwierigkeiten. Für das Baugewerbe gipfelt die ganze Frage der Uebergangswirtschaft in der Beschaffung der Baustoffe und der Baugelder.

Die Fabrikation von Zement, Ziegeln, Kalk usw. ist in der Kriegszeit mehr und mehr eingeschränkt worden; sie wird heute kaum noch in einem Umfang aufrechterhalten, daß die kriegswirtschaftlichen Bauten ausreichend und recht-

zeitig beliefert werden können. Größere Vorräte, auf die man nach Friedensschluß zurückgreifen könnte, sind nicht vorhanden. Hier muß die vorbereitende Arbeit für die Uebergangszeit einleiten. Sobald das Ende des Krieges erkennbar ist, müssen die Ziegeleien ihren Betrieb in vollem Umfang wieder aufnehmen. Die Zementfabriken müssen in den Stand gesetzt werden, auf Vorrat zu arbeiten. In den Kalksteinbrüchen muß man rechtzeitig mit der Arbeit beginnen, um große Mengen Kalkstein zu schaffen, die zum Brennen bereit gehalten werden. Mit dieser Arbeit sollte möglichst schon im bevorstehenden Winter begonnen werden; man könnte hierzu die dann in der Landwirtschaft freierwerdenden Arbeitskräfte benutzen. In gleicher Weise ist zu verfahren, um den großen Bedarf an Bauholz sicherzustellen. Holz ist nur dann zum Bau verwendbar, wenn es während der Ruhezeit der Pflanze, also nach der Entlaubung und vor dem ersten Schwellen der Blattknospen im Frühjahr beschlagen wird. Rechnet man also für das nächste Jahr auf den Frieden — und das wird man doch wohl — so ist diese vorbereitende Arbeit im kommenden Winter unerlässlich.

Damit wäre jedoch erst für einen Teil der notwendigsten Baustoffe gesorgt. Selbst wenn man an eine sehr einfache Bauweise denkt, bleibt noch vieles übrig, dessen Beschaffung sehr schwer ist. Dachstühle wurde in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nur noch wenig hergestellt, da die Schieferrohstoffe Englands, Belgiens und Frankreichs ein handlichsches Material lieferten. Auch an Fensterglas wurde viel ausländisches Fabrikat verarbeitet, auf das man natürlich zunächst verzichten muß. Ernstlicher ist das Fehlen von Farbölen und Stoffen zur Dachfabrikation für das jetzt fast ganz stillstehende Malergewerbe. Die Rohstoffversorgung muß diesen Waren die gebührende Aufmerksamkeit schenken. Vor noch schwierigeren Aufgaben stellt uns der im Baugewerbe der Gegenwart bekanntlich sehr beträchtliche Eisenbedarf. Da die Eisenindustrie heute ausschließlich für den Kriegsbedarf arbeiten muß, so ist hier die Schaffung von Vorräten schlechterdings unmöglich. Das Baugewerbe braucht das Eisen vornehmlich in der Form von Trägern, Stüben und Bandstählen (beim Eisenbetonbau), Draht und Drahtstiften. Zu einem guten Teil könnte der Bedarf aus den Armeebeständen an der Front und in den Trappen gedeckt werden. Es kommt also darauf an, diese Bestände dem Baugewerbe ohne jeden unvermeidbaren Zeitverlust und auf jeden Fall ohne Mitwirkung des „ehrbaren Handels“ zur Verfügung zu stellen, wie denn überhaupt eine gemeinnützige Verwertung der an der Front vorhandenen Baustoffe angestrebt ist.

Auf diese Weise wäre es möglich, die Schwierigkeiten der Materialbeschaffung in der Uebergangszeit zu vermindern. Daneben sieht dann noch die Forderung einer leistungsfähigen Unterstüttung des Wohnungsbauwesens. Wiederrum drängen sich hier zwei Aufgaben in den Vordergrund: Bereitstellung und Erschließung geeigneten Baulandes und großzügige Organisation des Bauwesens. In beiden Fällen ist nicht ohne die behördliche Initiative auszukommen. Sie ist nötig für die Bereitstellung des Baulandes, wo die Behörden nötigenfalls auch vor der Enteignung nicht zurückschrecken dürfen, sie ist unentbehrlich bei der Aufschlüsselung durch Straßen- und Entwässerungsanlagen, und sie wird eingreifen müssen, um die heikle Frage des Realzinses befriedigend zu lösen. Aber alles dieses bedarf der Vorbereitung. Wollte man damit warten, bis der Friede an das Tor pocht, so ließe sich schwerer Unheil nicht mehr abwenden.

Ein eigenes Gebiet der Uebergangswirtschaft wird die Behandlung der Arbeiterfrage sein. Sie beginnt schon bei der Entlassung der Arbeiter aus dem Kriegsdienst. Ohne eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittlung ist dann nicht auszukommen. Es scheint, als sei man der Meinung, diese Organisation dann aus dem Boden stampfen zu können; denn bisher hat man hierin noch keinerlei Vorzüge getroffen. Soll die schwere Zeit des Ueberganges ohne verberbliche Störungen überstanden werden, so muß nicht zuletzt die Arbeiterfrage, die auch die Lohnfrage mit umschließt, eine verständige und umfichtige Behandlung finden. Gediegen Verbände der am Baugewerbe beteiligten Arbeiter haben sich dieser Tage an das Reichswirtschaftsamt mit einer Eingabe gewandt, die eine Anzahl von Vorschlägen für die Uebergangswirtschaft enthält. Als letzten Vorschlag spricht diese Eingabe den Wunsch aus, daß der Reichszentrale für Uebergangswirtschaft eine besondere Abteilung für das Baugewerbe angegliedert werden möge, in der neben Arbeitgebern und Vertretern der Baustoffgewerbe sowie der öffentlichen Arbeitsnachweise auch Arbeitervertreter Aufnahme fänden. Diese Forderung der Gewerkschaften, an der Bewältigung aller Fragen der Uebergangswirtschaft mitbeteiligt zu sein, ist so selbstverständlich, daß sie nicht unerfüllt bleiben darf.

August Winnig.

Gewerbliche Vergiftungen durch Gase und Dämpfe.

I.

In der Industrie und sonst zum Zwecke der Warenproduktion werden durch technisch-chemische Verfahren Gase erzeugt, oder es treten, wie bei den Arbeiten im Bergbau und Baugewerbe, vielfach natürliche Gaseutage, die, je nach ihrer Art, auch eine gewerbliche Verwendung finden. Wie aber die Erfahrungen lehren, können diese Gase durch ihren Giftgehalt den Beschäftigten äußerst gesundheits- und lebensgefährlich werden. Oft sind es Begleiterscheinungen bei einzelnen Prozessen oder des ganzen Produktionsprozesses, die in der Eigenart oder in der Mischung des Materials ihre Ursache finden. Es wird demnach dabei zu unterscheiden sein, ob das Gas als Produkt, Zwischenprodukt oder als unvermeidliches Nebenprodukt in Frage kommt. Mit Hilfe von hohen Temperaturen oder Wärmegraden werden durch das Destillations-, Siedes-, Röst-, Schmelz-, Erhitzungs- oder Vulkanisierungsverfahren usw. feste und flüssige Stoffe zweckentsprechend verändert oder vergast, während auch umgekehrt Gase durch niedrige Temperaturen und atmosphärischen oder komprimierten Druck zu festen oder flüssigen Körpern umgestaltet werden können. Wie auch unjere atmosphärische Luft (Sauer-, Stick-, Wasser-

stoff und Kohlenäure), so wird ein Körper als gasförmig bezeichnet, wenn er weder eine selbständige Gestalt noch ein selbständiges Volumen (Rauminhalt, Umfang) besitzt, wenn er sich nach allen Seiten ausbreitet, bis ihn feste Wände oder sonstige Widerstände daran hindern. Im Zusammenhang mit der technisch-chemischen Prozedur versteht man auch oft unter Gasen lediglich schwer zu verdichtende oder kondensierbare Körper, womit ausgedrückt werden soll, daß alle mit der Gasflüssigkeit zusammenhängenden Vorgänge mit den Dämpfen überaus viel gemeinsam haben und ins Gebiet der Dämpfe zu verweisen sind. Im Vordergrund sind hierbei produktiv die Gaserzeugung und die Metallindustrie und besonders die chemische Industrie sowie der Bergbau beteiligt. Zu dem Vorausgeführten hat die Technik es verstanden, das chemisch-fabrikationsmäßige Verfahren zu einer großartigen und sehr profitablen Entwicklung zu bringen, ohne daß es ihr dabei gelungen wäre, den immer wieder neu auftretenden Gesundheitschädigungen der Arbeiter in diesen Betrieben mit analogem Erfolge entgegenzuwirken. Denn wie aus den Jahresberichten der Gewerbe- und technischen Aufsichtsbereiche zu ersehen, bestehen neben den Explosions-, Brand- und sonstigen Unfallgefahren noch die Gefahren der Staubvergiftung und der beim Produktionsprozeß entweichenden giftigen Gase und Dämpfe.

Anfolge der Sozialgesetzgebung ist in neuerer Zeit die Toxikologie, die Lehre von den Giften, mehr und inniger verknüpft mit den Leiden und Krankheiten der gewerblichen Arbeiter. Die „Fabrikgifte“ sind dadurch ein besonderes Studium und der Gegenstand der Sammlung praktischer Erfahrungen für die Gewerbehygiene und Sozialmedizin geworden. Wissenschaftler von Ruf wie Professor Sommerfeld-Berlin, Dr. Kamboufel-Wien, Professor Lewin-Berlin und andere betätigten sich heute auf diesem Gebiet. Schon im Jahre 1898 konnte Sommerfeld in seinem Handbuch der Gewerbekrankheiten auf die „hohe sanitäre Bedeutung der professionellen Vergiftungen“ hinweisen, welche vorwiegend durch Einwirkung von Gasen und Dämpfen, zum Teil auch durch Eindringen fester Partikelchen in den Körper zustande kommen. Sommerfeld verbanden wir auch den Entwurf einer „Liste der gewerblichen Gifte“, die nach einer Umarbeitung mit dem Gewerbeinspektor Dr. Fischer und nach Durchsicht eines hygienischen Beirats im Dezember 1911 zur Bekämpfung der Giftgefahren von der Internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz der Öffentlichkeit übergeben wurde und als Leitfaden besonders zu bewerten ist. Nach Fischer sind darin als gewerbliche Gifte diejenigen Rohstoffe, Erzeugnisse, Zwischen- und Abfallstoffe zu bezeichnen, die bei ihrer Gewinnung, Herstellung und Verwendung im Gewerbebetrieb bei Beachtung der üblichen Vorkehrungen in solchen Mengen in den Körper eintreten können, daß sie die Gesundheit des werktätigen Arbeiters auf chemischem Wege gefährden. Im Jahre 1902 wurde von Kamboufel eine Arbeit unter dem Titel „Schädliche Gase im gewerblichen Betriebe“ veröffentlicht. Danach zeigt sich bei den Gifstoffen folgende Wirkung: 1. Auf den Aufnahmeapparat (Atmungsorgane) und dessen Schleimhäute (Reizwirkung, Narkose); 2. auf die Überträger des Gasmoleküls (Blutwirkung); 3. Fernwirkung (spezifische innere Giftwirkung) auf einzelne Organe und Organsysteme. In ziemlicher Übereinstimmung mit diesen Leitfäden bringt der Professor Lewin in seinen bedeutungsvollen Vorträgen im Februar 1907 im Reichsversicherungsamt und im Februar 1910 im Verein deutscher Chemiker seine Grundanschauungen und Erfahrungen zum Ausdruck. Bei den Vorträgen im Reichsversicherungsamt lag das Thema zugrunde: „Die Grundlagen für die medizinische und rechtliche Beurteilung des Zustandekommens und des Verlaufs von Vergiftungs- und Infektionskrankheiten im Betriebe“, und bei den Chemikern behandelte er „Das Zustandekommen von Vergiftungen in chemischen Betrieben und die Hilfe dagegen“. Auch der Zweite Internationale Kongress für Rettungswesen 1913 in Wien beschäftigte sich mit den gewerblichen Giften. Hier war es der Gewerbeinspektor Dr. Schimds-Wien, der unterstützt mit ausgearbeitetem Material und persönlichen Erfahrungen über „Unfallgefahren und Gesundheitschädigungen sowie der Verhütung in chemischen Betrieben“ referierte. Diese vielseitigen Darstellungen lassen sich im folgenden zusammenfassen:

Je nach der Stärke der chemischen Energie oder des eingeatmeten Quantums des Gas- oder Dampfgiftes unterscheidet man akute und chronische Vergiftung. Akute Vergiftungen sind die Gesundheits- oder Lebensgefahren, die durch plötzliches oder auf einen kurzen Zeitraum beschränktes Eindringen von starken giftigen Stoffen in den Organismus entstehen und dadurch den Betriebsunfällen rechtlich gleichgestellt werden, wohingegen die durch langsame, auf einen längeren Zeitraum sich ausdehnende und oft wiederholende Aufnahme von geringen Quanten giftiger Stoffe herbeigeführte Gesundheitschädigung als chronische Vergiftung oder Berufskrankheit aufgefaßt und deshalb oft nicht entschädigt wird. — Die unheimliche Gewalt des Vergiftungsvorganges kommt nicht immer gleich zum Ausdruck. Nach der kurzgefaßten Form in der Giftliste der Internationalen Vereinigung für geschäftlichen Arbeiterschutz tritt zum Beispiel die akute Vergiftung durch Arsenverbindungen (Arsenbergsäure, Glasfabrikation, Fabrik von farbiger Kreide, Herstellung von Arsenjodiden, wie Schweinfurter Grün usw.) meist erst nach einer halben bis einer Stunde in die Erscheinung und nimmt dann folgenden Verlauf: Zusammenschnüren des Schlundes, Schmerzen im Magen und Unterleib, Erbrechen, Durchfall, Kräfteverfall, kalte bläuliche Haut, Wadenkrämpfe, Herabsetzung der Herzstätigkeit, Schwindel, Kopfschmerz, Ohnmacht, Phantasieren, Bewußtlosigkeit, Krämpfe, Tod, mitunter choleraähnliche Erscheinungen. In leichteren Fällen: Brennen im Halse, Erbrechen, Speichelfluß, Schling- und Magenbeschwerden. Die chronische Vergiftung kommt zum Ausdruck durch anhaltende, hartnäckige Kopfschmerzen mit Verstimmung, Unlust zur Arbeit und Schlaflosigkeit; ferner gastrische Störungen, wie Erbrechen und Durchfall, die zu Abmagerungen und Kräfteverfall führen, hartnäckige katarrhalische Erscheinungen der Schleimhäute, wie Schnupfen, Hals- und Luftröhrenentzündung. Häufige Erkrankungen der Haut, auch mit Geschwürbildungen. Ausfällen der Haare und Nägel, Melanose, das heißt Einlagerung eines bräunlichen, nicht arsenhaltigen Farbstoffes am Halse, Rumpfe und an anderen

Gliedmaßen. In schweren Fällen Störungen des Zentralnervensystems, Schwäche in den Muskeln und auch ein- und doppelseitige Lähmungen, wozu sich noch oft eine Beschränkung oder ein Verlust der Sehkraft einstellen. — Als äußerst gefährlich sind die folgenden Vergiftungsgefahren anzusehen, wobei in Einklammerung einzelne Verwendungsarten und Entstehungsursachen angegeben sind: Ammoniak (Gasanstalten, Farbenindustrie, Kläranlagen, Verginnen von Eisenblech, Silber Spiegelindustrie), Arsenwasserstoff (Bleien und Weizen von Metallen), Benzol, Chlor- und Cyanverbindungen (Chlorwasserbildung), Desoxychlorfluorwasserstoff (Glasfabriken usw.), Kohlenoxyd (Gichtgas bei Hochöfen, Gichtereien, Bergwerken usw.), Kohlenäure, Methylnalkohol (Nitratfabrikation, Denaturieren von Spiritus, Möbelpoliererei usw.), Nitrobenzol, Nitrosylgas, Nitrosamine (Nitrosamine kommen bei der Sprengstoff- und Munitionsherstellung in Betracht). Im weiteren die Vergiftungen durch Phosphor, Phosphor, Quecksilber, Quecksilberdämpfe (Gasenahrschneiderei, Filzhutfabrikation, Spiegelherstellung, Färberei, Sprengstoffe usw.), Salzsäure, Schwefelchlor, Schwefelkohlenstoff, Schwefelsäure, Schwefelwasser. In der übergroßen Zahl der Fälle erzeugt die akute und die chronische Vergiftung recht qualvolle Leiden.

Von unseren Kollegen im Felde.

Das Eisene Kreuz zweiter Klasse erhielten die Kollegen Jakob Gutter, Johann Klein, Ernst Moos und Valentin Hangan, Mitglieder der Filiale Frankfurt a. M.; Franz Hohäuser, Mitglied der Filiale Gbrüg.

Unsere Filialen unter dem Kriegszustande.

Wörlitz. Am 1. September hielt unsere Filiale ihre Monatsversammlung ab. Nachdem der geschäftliche Teil erledigt war, hielt der Bezirksleiter, Kollege Vogt, Gotha, ein Referat über „Die Tätigkeit unseres Verbandes vor und nach dem Kriege“. Er führte den Kollegen in vortrefflicher Weise vor Augen, wie notwendig es ist, fest zu unserer Organisation zu halten, indem er nachwies, welche Mühe und Arbeit es gekostet habe, auf der ganzen Linie eine Feuerungszulage für unsere Kollegenschaft durchzusetzen. Dabei müsse im Auge behalten werden, daß das Malergewerbe unter den Kriegswirren mit am meisten zu leiden habe, sowohl durch das Zurückfallen der Arbeiter als auch durch die Beschlagnahme der notwendigen Materialien. So konnte es nicht ausbleiben, daß viele Kollegen, die nicht zum Heere eingezogen wurden, sich genötigt sahen, sich andere Beschäftigung zu suchen. Weiter hob er die Notwendigkeit hervor, daß unser Verbandsvorstand mit den Arbeitgeberern jeweils gemeinsamer Arbeit in Verbindung trat, so unter anderem wegen der Verbringungsfrage, Winterarbeit, des Arbeitsnachweises, der Beschaffung von Material und einer Reihe anderer beruflicher Fragen. Redner versprach sich eine gute Konjunktur nach dem Kriege; denn es müßten doch die Arbeiten, die jetzt zurückgestellt seien, später ausgeführt werden, ebenso die zahlreichen Räume, die jetzt der Heeresverwaltung als Lagerräume usw. dienen, müßten wieder neu renoviert werden. Auch bei uns in Wörlitz hat sich der Krieg sehr bemerkbar gemacht. 75 pZt. der Mitglieder unserer Filiale sind zum Heeresdienst eingezogen, 7 Kollegen haben bereits ihr Leben fürs Vaterland hingegen; aber trotz der schweren Zeit, die wir jetzt durchzumachen haben, hat unsere Filiale immer neue Mitglieder aufnehmen können. Im zweiten Quartal hatten wir wieder drei Aufnahmen zu verzeichnen. Kollege Vogt gab seiner Vertriebigung dahin Ausdruck, daß die Filiale Wörlitz seit Kriegsausbruch ihren Bestand hochhalten vermochte und noch vorwärts gekommen ist. Er forderte zum Schluß die Kollegen auf, in der Agitationsarbeit für unsern Verband nicht nachzulassen, das seien wir unsern Kollegen, die draußen im Felde stehen und ihr Leben fürs Vaterland einsetzen, schuldig, damit sie, wenn sie wieder in unsere Reihen zurückkehren, das finden, was sie verdient haben, nämlich eine gute, starke Organisation.

Saarbrücken. Am 6. September fand in der „Bürgerhalle“ eine Mitgliederversammlung der Filiale statt, die, entsprechend den Verhältnissen, einen guten Besuch aufwies. Kollege Detjen erstattete den Bericht vom zweiten Quartal und teilte mit, daß die Mitgliederbewegung der Filiale wieder im Wachsen begriffen ist und zurzeit 25 Mitglieder zählt. Seit Beginn des dritten Quartals sind 10 Mitglieder neu eingetreten und 3 sind von andern Verbänden übergetreten. Beim Militär befinden sich 66 Mitglieder. Zum Schluß seines Berichtes forderte Kollege Detjen die anwesenden Kollegen auf, in der Agitation nicht zu erlahmen und mit allen Kräften bestrebt zu sein, die noch vorhandenen unorganisierten Kollegen dem Verbandszugezuführen. Der Bericht wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Anschließend hieran wurden die notwendigen Ergänzungswahlen vorgenommen, da Kollege Detjen zum Militär einberufen wurde. Hierauf referierte der Bezirksleiter, Kollege Zimmermann, über die diesjährige Feuerungszulage. Nachdem er sich über den Verlauf und das Ergebnis der Bewegung über die diesjährige Feuerungszulage allgemein ausgelassen hatte, besprach er die örtlichen Verhältnisse. Es sei zu bedauern, daß sich die Arbeitgeber an Orte so engherzig gezeigt und unsern Wünschen auf Gewährung einer Feuerungszulage von mindestens 10 pZt die Stunde nicht ganz entsprochen und nur eine Zulage von 9 pZt bewilligt hätten. Das Verhalten der Kollegen, die sich bisher recht uninteressiert gezeigt hätten, habe sicherlich die Sache nicht günstig beeinflusst. Erfreulicherweise hätten die Kollegen dies jetzt eingesehen und in stärkerem Maße sich dem Verbande angeschlossen. Mit einer Firma, die dem Arbeitgeberverband nicht angehört und die die Zulage von 9 pZt pro Stunde noch nicht voll bezahlt, hätte eine Aussprache stattgefunden, in der sich der Unternehmer zur Zahlung der Zulage bereitklärte. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß eine Firma, die dem Arbeitgeberverband angehört, einem Kollegen den tarifmäßigen Lohn inklusive Feuerungszulage nicht bezahlt. Durch persönliche Vorsprache des Be-

zirksleiters bei der Firma wurde die Differenz erledigt. Allgemein wurde in der Versammlung die Ansicht vertreten, daß die Feuerungszulage, entsprechend den fortwährend steigenden Lebensmittelpreisen, viel zu gering sei und daß der Gewerkschaften gar nichts anderes übrig bleibe, als diese Lebensmittelleistung durch Lohnerhöhungen auszugleichen. Wie der Verleser der anwesenden Kollegen, die Agitation auch fernerhin energisch zu betreiben, nahm die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende.

Aus Unternehmerkreisen.

Die Zentral-Einlaufs-Gesellschaft der Maler-Rohstoffgenossenschaften Deutschlands, Sitz Mannheim, hält am 23. September dieses Jahres ihre diesjährige ordentliche Generalversammlung in Darmstadt ab. Neben den Geschäftsberichten, der Bilanz, den Ergänzungswahlen für den Aufsichtsrat und den sonstigen geschäftlichen Beratungen wird die Frage der Rohstoffversorgung während des Krieges und der Uebergangswirtschaft eingehend behandelt werden.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftszucht. In der „Sozialen Praxis“ wird eindringlich darauf aufmerksam gemacht, wie beim Ziffendienstgesetz und anderwärts die gewerkschaftsfeindlichen Unternehmungskreise sich alle Mühe geben, nach vor Beendigung des Krieges eine große Verschärfung der inneren Zustände auf Kosten der Arbeiterrechte herbeizuführen. Sie richtet deshalb an die Arbeiter einen eindringlichen Appell, nicht durch Unbesonnenheiten ihren unersöhnlichen Gegnern in die Hände zu arbeiten. Die Gewerkschaften seien im vierten Kriegsjahre in einer schwierigen Lage. Ohne ihre alten, festen Kerngruppen nach äußerster Kräfteanstrengung, Nervenreizung und Ernährungsnot zu kämpfen könnten sie nicht leicht die Grundzüge planmäßiger Organisationsarbeit gegen wilde Streikheer aufrechterhalten. Trotzdem sollten sie sich stets bemühen, daß Erfüllung der Pflichten gegen das Land und Vertragstreue die Grundlagen der Gewerkschaftsmacht seien und jedes Abweichen davon die selben stärke.

„Wir wollen auch gar nicht verhehlen“, heißt es dann weiter, „daß wir den Eindruck haben, nicht alle Gewerkschaftsfunktionäre brauchen in der Provinz tun in der gegenwärtigen Lage ihre volle Pflicht und Schuldigkeit. Während die Zentralbeamten fest und unverrückbar an der Politik des 4. August 1914 mit allen ihren politischen und gewerkschaftlichen Konsequenzen festhalten, gibt es in den Gauen und Ortsverbänden eine Reihe von Angestellten, die noch glauben, der radikalen Woge durch eine Rechnungsträgeri und Anpassung Herr werden zu können; die, wenn auch manchmal aus ganz ehrenwerten Motiven, an ihrem Posten kleben und darum den klaren Mut vermissen lassen, der die Massen allein überzeugen könnte. Diese Unterführer sind gefährlicher, als sie selbst es ahnen. Ihre schwankende Gesinnung vermehrt das Uebel eines ungesunden Radikalismus, statt ihm zu steuern.“

Die „Soziale Praxis“ mahnt dann die Regierung eindringlich, endlich die großen Gerechtigkeitsforderungen der Arbeiter zu erfüllen — Aufhebung des § 158, Bänderung des Erpressungsparagrafen, Arbeitskammern — und durch eine freundliche Reformpolitik den Demagogen ihre beste Waffe aus der Hand zu schlagen: daß alle Einsicht und Pflichttreue in Deutschland ja doch erfolglos bleibe.

An Versuchen, die so schädlichen und zerfetzend wirkenden Streikigkeiten in der politischen Bewegung auch in die Gewerkschaften hineinzutragen, fehlt es leider nicht. Das Bemühen aller in den Gewerkschaften Tätigen muß deshalb darauf gerichtet sein, in diesen so tief bedauerlichen Bruderkämpfen vor allem den gewerkschaftlichen Standpunkt hochzubalten, mit allen Kräften für unsere wirtschaftliche Besserstellung einzutreten.

Feuerungszulagen und Unternehmergewinn. In Nürnberg-Fürth mußten jüngst die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Bleistift- und Bleistiftfabriken wegen Nichtgewährung von geforderten Feuerungszulagen streiken. Beziehungswise sie wurden zum Teil deswegen ausgesperrt. Zu den aussperrenden Firmen gehörte auch die Bleistiftfabrik vormals Johann Faber A.-G. in Nürnberg. Nach zehntägigen mühsamen Verhandlungen vor der Nürnberger Kriegsamtsstelle erhielten die Streikenden beziehungsweise Aussperrten folgendes bewilligt:

Männliche Arbeiter über 18 Jahre	78 pZt. Stundenlohn
unter 18 Jahren	68 „
Weibliche „ über 18 Jahre	67 „
unter 18 Jahren	58 „

Nach der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ sind freilich 75 pZt. Stundenlohn durchaus hinreichend für einen erwachsenen Arbeiter, auch in der jetzigen Zeit ungeheurer Teuerung; somit hätten die Arbeiter über 18 Jahre „unberechtigter“ Forderungen gestellt, und die Nürnberger Kriegsamtsstelle hat in ungelicher Verblendung noch ihren Segen zu einer solchen „Unverschämtheit“ erteilt. Die Bleistiftfabrik vormals Faber A.-G. in Nürnberg hat trotz reichlicher Abschreibungen fast eine Verdoppelung des Reingehaltes und eine Dividende von 17 pZt. mit Einrechnung der 5 pZt. Vergütung für entgangenen „Entbehrungslohn“ in den beiden Vorjahren zu verzeichnen. Werte „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“: Ist dieser Lohn der schweißtreibenden, arbeitsunwilligenbehafteten Aktionäre berechtigt und der der „faulenzenden“ Arbeiter nicht? Wir bitten um klare, ungewöhnliche Antwort.

Die deutschen Gewerkschaften nach drei Kriegsjahren.

Die I. K. veröffentlicht eine Artikelreihe, in der von bekannten Gewerkschaften über den Stand ihrer Organisation zusammenfassend berichtet wird. Wir geben fortlaufend im Auszuge die bemerkenswerten Darlegungen wieder. Ueber den Metallarbeiterverband berichtet J e r n i e - Stuttgart unter anderem: Wie in Friedenszeiten die Kräfte, so hat auch die zu Beginn des Krieges einsetzende große Arbeitslosigkeit einen Mitgliederzrückgang gezeitigt und die Werbetätigkeit für den Verband völlig lahmgelegt. Allein im

zum Ende des Jahres 1914 (M) des Verbandes um 200 074 zurückgegangen. Davon sind allerdings 185 258 zum Militär eingezogen. Es bleibt aber trotzdem ein Verlust von 23 816 Mitgliedern bestehen. Erst mit der Wiederverlebung der Metallindustrie durch die großen Aufwendungen an Seeresoldaten und die damit verbundene Wiederaufnahme der Arbeitstätigkeit setzte die Werksamkeit des Verbandes mit Erfolg wieder ein. Von 581 991 Mitgliedern, die der Verband bei Ausbruch des Krieges hatte, sind bis zum 30. Juni 1917 391 891 Mitglieder zum Militär einberufen worden, umgerechnet die 27 578 Mitglieder, die bei Ausbruch des Krieges aktiv dienten. Während der Dauer des Krieges bis zum 30. Juni 1917 sind 886 755 Mitglieder neu aufgenommen, und außerdem haben sich 87 775 Mitglieder, die vom Seeresdienst entlassen oder zurückgestellt worden sind, beim Verbands wieder angemeldet. Dem Verlust von 391 891 Mitgliedern durch Einberufung, der zu buchen ist, stehen an Neuaufnahmen und Zurückstellungen vom Militär 444 530 Mitglieder gegenüber. Lohnbewegungen sind in den Jahren 1915 und 1916 geführt worden für 8077 Betriebe mit 1 487 087 beschäftigten Personen. An den Erfolgen der Bewegungen sind 832 432 Personen beteiligt. An Angriffs- und Abwehrbewegungen wurde erreicht:

Jahr	Arbeitszeitverlängerung		Lohnerhöhungen		
	für die Teilhaber	Stunden pro Woche	für die Beteiligten	pro Woche	für die Beteiligten pro Woche
1915	1119	3 574	197 481	546 917	2,77
1916	4452	12 195	519 255	2 288 068	4,40

Außer diesen Bewegungen sind in vielen Fällen erst auf Anregung des Verbandes Teuerungszulagen, Tarifabschlüsse usw. durchgeführt worden. Mit dem 1. Juli 1917 ist die Krankenunterstützung in der vollen Höhe wieder eingeführt. An Unterstützungen aller Art sind in den drei Kriegsjahren 9 832 282 aus der Hauptkasse und rund 1 024 000 aus den Lokalkassen verausgabt worden. An die Familien der Kriegsteilnehmer werden Unterstützungen aus einem eigens zu diesem Zweck geschaffenen Fonds, der aus Zuweisungen aus den Lokalkassen und freiwilligen Beiträgen der Mitglieder gespeist wird, gezahlt. Die aus diesem Fonds an die Familien der Kriegsteilnehmer gezahlten Unterstützungen betragen bis 1. April 1917 über drei Millionen Mark. Die Einnahmen des Verbandes bezifferten sich im Jahre 1915 auf 10 884 296 und im Jahre 1916 auf 10 556 448. In beiden Kriegsjahren zusammen auf 20 470 744. Die aus dem Felde heimkehrenden Verbandsmitglieder finden ihren Verband finanziell gestärkt und an Mitgliedern gestärkt vor.

Ueber den Verband der Buchdrucker berichtet E. Döb-ler-Verein: Beim Ausbruch des Krieges umfaßte der Verband 70 000 Mitglieder, von welchen bis zum 15. August 1914 zum Seeresdienst 11 519 einberufen waren, während nach der 13. Kriegskassiererei vom 31. März 1917 die Zahl der Einberufenen auf 54 478 gestiegen war. Als dienstunbrauchbar beziehungsweise heurteilt kamen 6490 zurück, neue Mitglieder traten hinzu etwa 8000, so daß 28 527 Mitglieder verblieben. Ganz bedeutende Opfer wurden dem Verbands auferlegt durch die bei Ausbruch des Krieges einsetzende große Arbeitslosigkeit; das Verbandsvermögen ging von 11 327 330 auf 9 917 814 zurück, trotz Erhebung einer Extrasteuer von wöchentlich 50 J., außer dem Verbandsbeitrag von 1,20. Bis zum 31. März 1917 wurden für Unterstützungs-zwecke seit Beginn des Krieges 9 336 606 verausgabt, davon für Familienunterstützungen der Eingezogenen 2 081 368. Das Verbandsvermögen erreichte gleichwohl wieder die Höhe von 11 578 291. Hervorgehoben zu werden verdient die Tatsache, daß nicht nur alle aus dem Felde heimkehrenden Mitglieder sofort ihrer Organisation sich wieder anschlossen, sondern auch die früher dem Verbands nicht angehörenden Berufsangehörigen die Notwendigkeit enger Kameradschaftlichkeit im Kriege empfanden und der Organisation beitrugen. Auch die im Buchdruckgewerbe bestehende Tarifgemeinschaft hat sich während der Kriegsdauer behauptet. Wo die außergewöhnlichen Ereignisse idiosyncratisch und im Tarif nicht berücksichtigte Verhältnisse schufen, griffen die Tariforgane, namentlich das Tarifamt, vermittelnd ein oder erließen zweckentsprechende Anordnungen. Ferner war der Verband bemüht, um einen Ausgleich gegenüber der fortgesetzten steigenden Teuerung zu schaffen, entsprechende Teuerungszulagen zu den tariflichen Löhnen zu erzielen, wie er auch dahin zu wirken sucht, die Anerkennung höherer Grundpositionen des Tarifes noch während der jetzigen Tarifdauer bei den Unternehmern durchzusetzen.

Sozialpolitisches.

Wirtschaftliche Rundschau. Der Konzentrationsprozeß im Bankgewerbe hat sich, wie Julius Kallisk im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ schreibt, auch während des Krieges unaufhörlich fortgesetzt; überraschend ist nur, daß sich nach der so lebhaften Fusionsbewegung noch immer auffaugungsfähige Bankgruppen und Bankfirmen finden. Je größer die Kapitalanhäufung in einzelnen Großbanken wird, desto mehr richtet sich das Bestreben dieser Banker darauf, in erster Reihe die großen Geschäfte abzuschließen. Eine Folge davon ist die Einschränkung der Kreditgewährung an die wirtschaftlich kleineren Kreise, für deren Bedürfnisse die kleineren und mittleren Banken wesentlich mehr in Frage kommen.

Ueber Maßnahmen zur Stilllegung und zum Zusammenbruch von Betrieben liegen aus verschiedenen Wirtschaftszweigen Berichte vor. Im Brauereigewerbe wird zunächst versucht, die Zusammenlegung von Betrieben durch freie Vereinbarungen zu regeln. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung des Zentralausschusses der deutschen Brauindustrie war vom Stellvertreter des Reichskommissars für die Kohlenversorgung erklärt worden, daß vom 15. September ab die Brauereien nur noch mit 50 pZt. der bisherigen gegen die Friedenszeit schon stark herabgeminderten Kohlenmenge beliefert werden können. In erster Linie werden dabei die für die Seereslieferung

arbeitenden Betriebe berücksichtigt. Infolge dieser Mitteilungen des Reichskommissars hat der Zentralausschuß in Uebereinstimmung mit dem Landbauausschuß für die norddeutsche Brauereigemeinschaft den Beschluß gefaßt, Versammlungen zur Bezeichnung örtlicher Zusammenlegungsbezirke einzuberufen. Für Berlin und die Provinz Brandenburg hat die Versammlung bereits stattgefunden, und es wurden die Zusammenlegungsbezirke Berlin, Potsdam, Landsberg, Muppin, Koitbus und Prenzlau gebildet. In Verfolg der Stilllegungsaktion ist, wie verlautet, in Berlin die Bildung einer Betriebsgemeinschaft sämtlicher Berliner Brauereien mit Ausnahme von Schultze und Pakenhofer im Gange, die eine gemeinschaftliche Produktion und einen gemeinsamen Vertrieb des Bieres bezweckt. Auf diese Weise wollen die Berliner mittleren Brauereien eine Zusammenlegung mit den Großbrauereien Schultze und Pakenhofer vermeiden.

Sämtliche Salinen, die Siebe- oder Kochsalz erzeugen, sollen nach dem Plan der Kriegsamtsstelle in Hannover für mehrere Monate stillgelegt werden. An Stelle des bisher bezogenen Siebe- und Kochsalzes erhalten die salzverbrauchenden Gewerbebetriebe in Zukunft Steinsalz. Es sind jedoch Maßnahmen in Aussicht genommen, um solchen Betrieben, in denen die Verwendung von Steinsalz eine technische Unmöglichkeit darstellt, auch weiterhin die erforderlichen Kochsalzmengen zur Verfügung zu stellen.

Ueber die Zusammenlegung von Betrieben in der Seidenindustrie finden zwischen den ausländischen Verbänden und den beteiligten Unternehmungen zurzeit Verhandlungen statt. Die Knappheit des Rohmaterials erzwingt ohnedies eine Betriebsbeschränkung. Seidenfärbereien werden in Süddeutschland, rechts und links des Rheines, in Betrieb bleiben.

In der rheinisch-westfälischen Zementindustrie soll die Stilllegungsaktion schon als beendet angesehen werden können, nachdem verschiedene Werke unter Führung des Kriegsamtes zusammen- oder stillgelegt worden sind. Neben dieser Zusammenlegungsaktion hat in der letzten Zeit in der rheinisch-westfälischen Zementindustrie auch eine sehr kräftige Fusionsbewegung eingesetzt. Neuerdings erwacht der Rheinisch-Westfälische Zementverband in Bochum; das Bismarckwerk Viktoria-Luise in Wesel in Westfalen. Das Werk, das vor einiger Zeit in Konkurs geraten ist, gehörte zwar dem Verbands als ordentliches Mitglied an, hatte aber infolge eines Vorrechtes, als ihm bei der Gründung der Vereinigung eine feste Versandberechtigung von 3700 Waggons eingeräumt worden war. Dem Verbands kam es nun darauf an, diese Versandberechtigung eines einzelnen Werkes, das den Einschränkungen nicht unterlag, zu beseitigen, was nur durch den Ankauf geschehen konnte.

In England setzte Anfang September die Stilllegung eines auf 40 pZt. der Spinnerei- und Webereimaschinen bemessenen Teiles der textilindustriellen Anlagen von Lancashire ein. In dem Programm ist vorgesehen, daß Fabriken der Weiterbetrieb von mehr als 60 pZt. der Maschinen gegen Zahlung von besonderen Abgaben gestattet werden kann. Nach der „Frankfurter Zeitung“ sollen die auf diese Weise gewonnenen baren Gelder den Arbeitslosen-Unterstützungsfonds der Gewerbetreibenden zuzuführen. Mit Rücksicht auf diese Regelung haben die Gewerbetreibenden ihre Anträge auf Lohnaufbesserungen zurückgezogen. Viele Firmen wollen sich nicht dazu entschließen, Arbeiter zu entlassen, weshalb sie ihre Betriebe zunächst wenig einschränken trachten und lieber die geforderte Ertragsabgabe entrichten.

Vom Ausland.

Schweizerischer Gewerkschaftskongreß. Am 8. und 9. September tagte in Bern der von 107 Delegierten besuchte Schweizerische Gewerkschaftskongreß. Es waren 21 Verbände durch 75 Delegierte und 12 Arbeiterunions durch 18 Delegierte vertreten. Ein Hauptverhandlungsgegenstand war die Ausföhrung des Fabrikgesetzes. Es wurde eine längere Protestresolution beschlossen, die sich gegen die Hinausschiebung der Inkraftsetzung des Gesetzes, das vor drei Jahren angenommen wurde, wendet und energig die Anwendung des Gesetzes vom 1. Januar 1918 abfordert. Es wird in der Resolution darauf hingewiesen, daß die Verschleppung sich durch die außerordentlichen, durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse nicht rechtfertigen lasse und nur dazu angeht, die Unfälle zu vermehren, die Krankheitsziffern zu erhöhen und der Arbeiterschaft eine ihrer wichtigsten Errungenschaften vorzuenthalten.

Der Antrag der Holzarbeiter auf kräftige Maßnahmen gegen die Notlage der Arbeiterschaft und Anwendung des Generalstreiks löste eine lebhaftige Debatte aus. Es wurde einstimmig ein Beschluß angenommen, der das Bundeskomitee antreibt, den Fragen der Preisgestaltung und Lebensmittelverteilung, des Arbeiterschutzes, des Koalitionsrechts, auch der Ausländer, und des ungehinderten Streikrechts größte Aufmerksamkeit zu widmen und gemeinsam mit dem Gewerkschaftsausschuß Vorkehrungen zu treffen, um bei jeder Verschlechterung der Lage der Arbeiterschaft, bei Umgehung der Schutzbestimmungen, Ausweisung von Gewerkschaftsfunktionären und Militarisierung streikender Arbeiter die Interessen der Arbeiterschaft energig, nötigenfalls mit dem Mittel des Generalstreiks, zu verteidigen.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zur Jugendorganisation wurde nach dem Vorschlag des Bundesvorstandes, den Schneeburger begründete, dahin geregelt, daß die jugendlichen Garantien gegen eigenmächtiges Vorgehen, wie solches schon oft Partei und Gewerkschaften in die unangenehmsten Situationen gebracht habe, in Zukunft zu bieten hätten. Trotzdem der Jugendsekretär Muenzenberg diese Bevormundung ablehnte, wurde eine Vereinbarung als Voraussetzung weiterer Unterstützung gefordert.

Es wurde ferner beschlossen, das Arbeiterinnensekretariat dem Gewerkschaftssekretariat anzugliedern und einen zweiten Sekretär, dessen Muttersprache Französisch sein soll, anzustellen.

Aus Genève wird uns von unserer Bruderorganisation berichtet: Ueber den jetzigen Stand unserer Organisation und die hiesigen Verhältnisse läßt sich nur wenig

Neues berichten. Unser Verband entwickelt sich ständig nach vorwärts. Damit könnte man sehr zufrieden sein, wenn wir sonst normale Zustände hätten. Leider ist es nicht so. Die Preise der notwendigsten Lebensbedürfnisse sind unaußersächlich gestiegen, im Vergleich zum Juli 1914 um durchschnittlich 55 pZt. Im Jahre 1916 erreichten wir für Kopenhagen 10 pZt. und für die Provinzstädte 18 bis 14 pZt. Lohnerhöhung, was natürlich kein Ausgleich für die damalige Teuerung und noch weniger für die spätere war. Deshalb war die Forderung einer allgemeinen Lohn-erhöhung leicht verständlich, aber leider nicht durchführbar. Wir sind nämlich an Vereinbarungen bis März 1916 gebunden, und bis zu diesem Zeitpunkt müssen wir uns mit den kleinen Zulagen begnügen, die ein Teil der Filialen durch lokale Verhandlungen erreicht hat; diese betragen in den meisten Fällen 8 bis 5 Oere pro Stunde. In Kopenhagen wurde unsere Forderung kurz und bündig abge- wiesen.

Die Arbeitsgelegenheit war bis vor kurzem recht günstig, trotzdem die Materialpreise bis jetzt um rund 200 pZt. gestiegen sind. Seit einigen Monaten sind hier in Kopenhagen leider 200 bis 300 Mitglieder ohne Arbeit; auch in den größeren Provinzstädten gibt es jetzt ebenfalls Arbeitslose. Wir müssen befürchten, daß die Arbeitslosigkeit früher als gewöhnlich in größerer Ausdehnung einsetzen wird. Dies in Verbindung mit der fortbauenden Teuerung ist geeignet, dem kommenden Winter mit größten Besorgnissen entgegenzusehen. Gegenüber diesen schlechten Aussichten wiederholen wir den Wunsch, daß der Kriegszustand bald vom Frieden abgelöst werden möchte.

Literarisches.

„Die Glocke“, Sozialistische Wochenschrift. Herausgeber: Parvus (Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68). Das soeben erschienene Heft 26 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Lenz, M. v. H.: Im Sturmschritt der Zeit. Wilhelm Kolb: In einem falschen Geleise. Wilhelm Solmann: Gegen die Unverständlichen! Dr. C. Schmidt: Stimmungphilosophie. Dr. Wilh. Hausenstein: Bemerkungen über skandinavische Literatur. Bruno Dietel: Ein Tag kommt. — Einzelhefte 20 J., vierteljährlich M. 2,50 bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

„Arbeiter-Jugend“. Die soeben erschienene Nr. 18 des neunten Jahrganges hat unter anderem folgenden Inhalt: Der Jugendklub in Deutschland. Von R. Wiffel. — Geschichtliches von der Fortbildungsschule. — Drei Jahre zu früh. Von Th. Thomas. — Das Glücksschiff. Gedicht von Albert Serget. — Vom Bild zum Buchstaben. Von Paul Barthel. (Mit Abbildungen.) — Mutter. Gedicht von Carl Busse. — Das bist Du! Von Leo Kostol. — Die Gegner an der Arbeit. — Aus der Jugendbewegung.

Soeben erschien Die große russische Revolution. Von N. S. Werom. Mit historischen Bildern und Porträts. Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin SW 68. (M. 2,50.) Seit Monaten bringen die Zeitungen fast täglich Berichte über die revolutionären Vorgänge in Rußland; aber der Zeitungsleser, der nicht die russischen Zustände und Parteiverhältnisse näher kennt, vermag sich nur selten ein Bild von den gemeldeten Ereignissen zu machen. Die genannte Schrift von Werom — ein Pseudonym, hinter dem sich ein bekannter russischer Sozialist verbirgt — will ihm die nötigen Vorkenntnisse zum Verständnis der heutigen revolutionären Bewegung in Rußland vermitteln. In knapper, populärer Weise schildert sie die sozialen und politischen Zustände Rußlands vor dem Beginn des Weltkrieges, die Kriegserwartungen und Kriegsbefürchtungen der leitenden Kreise, die Rückwirkungen der militärischen Niederlage auf das politische Leben, die Zerlegung des russischen Staates, den Ausbruch der Revolution, die Revolutionskämpfe in Petersburg, Moskau und in den Provinzen, die Errichtung des Petersburger Arbeiter- und Soldaten-Delegiertenrates sowie der Provisorischen Regierung, die Gegensätze zwischen den verschiedenen politischen Parteien, den Zusammenbruch der Offensive in Galizien, die Umbildung der provisorischen Regierung unter Kerenskis Diktatur usw. Beigefügt sind dem Text eine Reihe bildlicher Darstellungen aus dem politischen Leben Rußlands sowie Porträts hervorragender Politiker und Revolutionäre.

Sterbetafel.

Berlin. Am 9. September starb der Kollege Karl Doligkeit, geboren am 12. September 1848 in Barenthin. — Am 11. September starb der Kollege Anders Olson, geboren am 18. Februar 1868 in Wermland (Schweden).

Ulm. Am 7. September starb unser Kollege Heinrich Malta im Alter von 80 Jahren.

Gotha. Am 14. September starb in der Klinik zu Jena unser Kollege Reinhold Wendorf aus Ruhla im Alter von 56 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Vereinstell.

Vericht der Hauptklasse vom 17. bis 22. September.

Eingefandt haben: Regensburg M. 200, Wilhelms-haven 100, Neumünster 50, Posen 100, Würzburg 250, Reichenhall 32,20, Dortmund 600, Bielefeld 80, Altdorf 100, Leipzig 300, München 700, Frankfurt a. M. 500.

Die Woche vom 30. September bis 6. Oktober ist die 40. Beitragswoche. P. Wenker, Kassierer.

Der heutigen Ausgabe liegt die Nummer 37 des „Correspondenzblattes“ bei.